

Wagner, Gert G.

Working Paper

Drei Fußnoten der Wirtschaftswissenschaften zur deutschen Einheit: Und eine Fußnote zur wissenschaftlichen Politikberatung

DIW Discussion Papers, No. 1511

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2015) : Drei Fußnoten der Wirtschaftswissenschaften zur deutschen Einheit: Und eine Fußnote zur wissenschaftlichen Politikberatung, DIW Discussion Papers, No. 1511, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/121497>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

1511

Discussion
Papers

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

2015

Drei Fußnoten der Wirtschafts-
wissenschaften zur deutschen
Einheit – und eine Fußnote zur
wissenschaftlichen Politikberatung

Gert G. Wagner

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers/der Verfasser und nicht in der des Instituts.

IMPRESSUM

© DIW Berlin, 2015
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Mohrenstr. 58
10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0
Fax +49 (30) 897 89-200
<http://www.diw.de>

ISSN elektron. Ausgabe 1619-4535

Die Diskussionspapiere können kostenfrei von der Webseite des DIW Berlin heruntergeladen werden:
<http://www.diw.de/discussionpapers>

Die Diskussionspapiere des DIW Berlin werden in RePEc und SSRN indiziert:
<http://ideas.repec.org/s/diw/diwwpp.html>
<http://www.ssrn.com/link/DIW-Berlin-German-Inst-Econ-Res.html>

Drei Fußnoten der Wirtschaftswissenschaften zur deutschen Einheit – und eine Fußnote zur wissenschaftlichen Politikberatung*

Gert G. Wagner

Berlin, Oktober 2015

Zusammenfassung

Im vorliegenden kleinen Aufsatz werden der Geschichte der deutschen Wiedervereinigung 1990 drei „Fußnoten“ angefügt. Zu den Themen „Abschätzung der Produktivität der DDR-Wirtschaft“, „Dauer des Aufholprozesses der Neuen Bundesländer“ und „Rentenangleichung“. Anschließend werden einige Schlussfolgerungen für die Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung gezogen.

Summary

In this short essay, we add three "footnotes" to German reunification in 1990: "Estimating the productivity of the GDR economy", "Duration of the catching-up process in the former East German states", and "East/West German pension alignment". In conclusion, we discuss implications for the potentials and limitations of economic policy advice.

JEL Code: A11, A14, E65, N14, P47

Keywords: German unification, German Institute for Economic Research, DIW, policy advice

* Die Abschnitte I und II sind eine überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der unter dem Titel „Die verschwiegene Revolution der Volkswirtschaft in den Neuen Bundesländern“ in einem von R. Gröschner und W. Reinhard herausgegebenen Sammelband erschienen ist (Tage der Revolution – Tage der Feste, Tübingen 2010).

I. Hintergrund

Wie wahrscheinlich die meisten in der Generation der Anfang der 50er Jahre in Westdeutschland Geborenen war der Autor dieses Berichtes – bei Lichte besehen – ein ziemlicher „DDR-Ignorant“ und zum Zeitpunkt der Wende 1989 von keinerlei Sachkenntnis behelligt.¹ Bis zum Sommer 1989 war für ihn die DDR nahezu unendlich weit weg. Ohne jede Verwandte oder Freunde in der DDR gab es keinerlei Alltagsverbindungen. Und obwohl er seit 1979 in Berlin berufliche tätig war und seit 1987 in Westberlin lebte, war er nur ein einziges Mal in Ost-Berlin, der „Hauptstadt der DDR“ gewesen: im Sommer 1978 einen Nachmittag lang als Tourist. Die Innenstadt und „Unter den Linden“ hatten beeindruckt. Die werbefreie sozialistische Zone hatte etwas Besonderes. Die Mall in Washington, DC war und ist ja auch werbefrei, aber drum herum gab und gibt es den üblichen westlichen Reklamerummel. Da war die Ostberliner Innenstadt schon etwas Besonderes. Hinter die Kulissen geschaut hat der Autor aber – wie viele andere auch – nicht.

Nach dem Mauerfall ging es bei der allerersten Brainstorming-Sitzung im DIW darum zu diskutieren, was man erforschen und wie man helfen könne. Dabei wurde – selbstverständlich – die staatliche Eigenständigkeit der DDR als Prämisse für alle Politikberatung zugrunde gelegt. Selbst jemand wie Heiner Flassbeck, ein sozialistischer Umtriebe unverdächtiger Kollege im DIW und nachmaliger Staatssekretär im Finanzministerium, der später alles ganz genau wusste (z. B. Flassbeck 2009), ging unmittelbar nach dem Fall der Mauer davon aus, dass man der DDR helfen müsse ihre Ideale nun endlich zu verwirklichen. Insofern waren die ersten Kontakte, die es dann in Berliner Wirtschafts-Wissenschaftler-Kreisen gab², tatsächlich so weit weg von der Realität wie das

¹ Immerhin: der erste Wochenbericht des DIW, in dem die neue Wende-Situation in der DDR und die absehbare Ost-West-Arbeitskräftemigration angesprochen wurde, wurde von Jürgen Schupp und Johannes Schwarze zusammen mit dem Autor geschrieben (1989, S. 601). Dies war jedoch ein Produkt des Zufalls und die Anmerkung zur Migration wurde im letzten Moment während der Redaktionsitzung in das Manuskript des Wochenberichtes eingefügt.

² Vgl. z. B. Brenke et al. (1990), Kirner et al (1990), Frischmuth et al. (1990, 1990) und Ott et al. (1990). Im DIW-Wochenbericht vom 5. April 1990 wurde z. B. noch voll und ganz von der Eigenstaatlichkeit der DDR ausgegangen und gefordert, dass das Umlage-Rentensystem der DDR für die durch Ost-West-Wanderung verloren gegangene und gehende Beitragseinnahmen von der BRD entschädigt werden sollte (Kirner, Vortmann

Intellektuellen und Akademikern immer wieder unterstellt wird.³ Im November 1989 war die Revolution in der DDR auf jeden Fall alles andere als in Richtung Vereinigung gerichtet, sondern man wollte Freiheit und Demokratie in der DDR erstreiten.⁴

II. Drei Fußnoten

1. Produktivität der DDR-Volkswirtschaft

Blühende Landschaften, wie sie Kanzler Kohl versprach, waren in Ostdeutschland nur zu erwarten, wenn der Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen nicht zu groß war. Und anfänglich ging man ja davon aus, dass die DDR-Volkswirtschaft in etwa die Zehntstärkste der Welt sei. Anfang 1990 wurde dann bereits die Währungsunion geplant, die am 1. Juli 1990 dann auch als „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ verwirklicht wurde bevor am 3. Oktober 1990 die staatliche Vereinigung erfolgte.

Rasch war ein Eins-zu-eins Umtauschkurs der „Mark der DDR“ in die „DM“ im Gespräch. Dies war ökonomisch nur zu rechtfertigen, wenn der Produktivitätsrückstand der DDR nicht zu groß war. Aber selbst 50 Prozent Rückstand waren hinnehmbar, so damalige Überlegungen, da die Nominaleinkommen in der DDR ungefähr nur halb so hoch waren wie die in der BRD. Wenn 1000 Mark in 1000 DM umgetauscht würden, dann wäre das keine ökonomische Katastrophe, da dann die Ostdeutschen nur etwa die Hälfte des Einkommens

und Wagner 1990). Immerhin: faktisch ist dies eingetreten. Durch die Vereinigung bedingt fließen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung beachtliche Transferströme von West- nach Ostdeutschland.

³ Nach Erinnerung des Autors traf anfänglich auch auf Heiner Flassbeck selbst zu, was er 2009 (S. 63f) kritisiert: „Manche Träumer hatten 1990 noch geglaubt, es ließe sich eine Synthese aus Ost und West herstellen, ein Kompromiss zwischen Gleichheit und wirtschaftlicher Effizienz sozusagen“.

⁴ Entsprechend saß man im DIW an der Vorbereitung von Plänen (die freilich niemals ausgearbeitet wurden) wie die DDR sich reformieren könne (Wagner 2008, S. 46 und insb. Fußnoten 9 bis 11, sowie Brenke et al. 1990, S. 18f und Brenke 2009, S. 23 und insbesondere Fußnote 5). Die Idee der Mitgestaltung eines „Dritten Wegs“ wurde in einem Memo des Autors vom 4. Januar 1990 an Kollegen im DIW deutlich, in dem als eine Aufgabe für einen „Arbeits- und Lebenslagen-Survey in der DDR“ u. a. genannt wurde: „Ein entsprechender Survey könnte insbesondere dazu dienen, repräsentativ zu ermitteln, in welchen konkreten Bereichen die DDR-Bürger ein ‚sozialistisches‘ bzw. ‚soziales Erbe‘ bewahrt sehen möchten. (...) Eine möglichst genaue Kenntnis der Wünsche der DDR-Bürger ist (...) für eine zielgerichtete De-Regulierung vieler der bislang öffentlich bzw. betrieblich geregelten Lebensbereiche notwendig“.

der Westdeutschen zur Verfügung hätten. Und dieser DM-Besitz wäre durch die halbe Ost-Produktivität abgedeckt.

Wenn die DDR-Produktivität freilich niedriger läge, dann würden die Ostdeutschen beim 1 zu 1 Umtausch gemessen an ihrer Wirtschaftskraft zu viel Geld zur Verfügung haben. Was bedeuten würde, dass die ostdeutschen Betriebe in den Bankrott getrieben würden, da sie Löhne zahlen müssten, die sie bei gegebener Produktivität nicht erwirtschaften könnten.

Insofern waren Analysen der wahren Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft Anfang 1990 sehr gefragt. Das DIW konnte Abschätzungen vorlegen, die auf der Jahrzehnten langen systematischen Beobachtung der DDR-Wirtschaft aufbauten und ungefähr das 50-Prozent-Produktivitätsniveau bestätigten (vgl. zuletzt Cornelsen und Kirner 1990). Diese Berechnungen, die letztlich auf von der DDR gefälschten Statistiken beruhten (und beruhen mussten⁵), wurden plötzlich von einer Außenseiterin im DIW, Renate Filip-Köhn, in Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftswissenschaftler der „Akademie der Wissenschaften der DDR“ in Frage gestellt.

Udo Ludwig, der später hoch geachteter Konjunktuchef des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle wurde, hatte Zugriff auf interne DDR-Statistiken, die zeigten wie hoch der Produktionsaufwand für Güter war, die in den Westen exportiert wurden. Da für diese Exportgüter harte Devisen erlöst wurden konnte das Verhältnis von Aufwand und Ertrag, also die Produktivität der Exportgüter errechnet werden. Über Verflechtungsinformationen, die ihm für die DDR-Wirtschaft vorlagen, konnte Udo Ludwig zusammen mit Renate Filip-Köhn die Produktivität der Gesamtwirtschaft der DDR grob abschätzen. Das Ergebnis war in jeder Hinsicht verheerend: nach diesen Berechnungen lag die Produktivität der DDR-Volkswirtschaft bei ungefähr 30 Prozent des Westniveaus und der Umtauschkurs von Eins-zu-eins war ökonomisch nicht zu rechtfertigen.

⁵ Zur desolaten Datenlage der veröffentlichten DDR-Statistik vgl. z. B. Stäglich (1991) und Melzer und Stäglich (1991). Die Darstellung der DDR-Statistik und deren Verhältnis zum DIW durch Peter von der Lippe (1995, S. 2015ff und 2046ff) ist detail- und kenntnisreich; welche der Vermutungen und Spekulationen Lippes über die Motive der DIW-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zutreffen oder nicht (wozu der Autor neigt) muss einer professionellen historischen Aufarbeitung überlassen bleiben.

Gegen die Ludwig-Filip-Köhn-Methode konnte man allerdings einwenden, dass die Produktivität der Exportindustrie der DDR vermutlich ungewöhnlich niedrig war, da die DDR unbedingt Devisen verdienen musste (um Hochtechnologie und Luxusgüter für die Nomenklatura importieren zu können) und dafür auch eine niedrige Produktivität bei Exportgütern in Kauf nähme (vgl. Cornelsen und Kirner 1990). Der Schluss von der Export-Produktivität auf die Gesamt-Produktivität würde also die Gesamt-Produktivität der DDR-Volkswirtschaft unterschätzen.⁶ Diese Kritik war theoretisch völlig richtig und Filip-Köhn und Ludwig auch bekannt, die deshalb vorsichtig rechneten.⁷

In der „offiziösen“ DIW-Publikation, dem „Wochenbericht“, wurden nach einem ungewöhnlich kontroversen Redaktions-Prozess innerhalb des DIW das Ludwig- Filip-Köhn-Papier, das zuvor in der gerade neu eingeführten Diskussions-Papier-Reihe veröffentlicht worden war, schließlich kurz zitiert. Aber das Problem der niedrigen Produktivität wurde mit dem Argument der niedrigen Export-Produktivität klein geredet (vgl. Cornelsen und Kirner 1990). Nicht nur der Mainstream im DIW wollte die Währungsunion mit einem Eins-zu-Eins-Umtauschkurs. Die Mehrheit von Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik wollte zu diesen Bedingungen die DM in Ostdeutschland einführen. So kam er auch – und die verheerend niedrige Produktivität der DDR-Volkswirtschaft führte rasch zum Zusammenbruch der Kombinate und zu gefährlich hohen Arbeitslosenquoten. Aber die Mehrheit der Deutschen glaubte weiterhin gerne an des Kanzlers Versprechen von den bald kommenden „Blühenden Landschaften“.

⁶ Für eine Rechtfertigung der offiziellen DDR-Zahlen vgl. die Erinnerungen des hochrangigen und langjährigen Mitarbeiters der DDR-Wirtschaftsverwaltung Siegfried Wenzel (1998) (Udo Ludwig machte den Autor auf diese Quelle aufmerksam). Auf den Seiten 162ff und 175f setzt sich Wenzel speziell mit „Philip-Köhn“ (so schreibt Wenzel den Namen falsch) und Ludwig auseinander. Der Kern seines Argumentes ist derselbe wie er seinerzeit im DIW diskutiert wurde: die Übertragung der Effizienz der Exportgüter auf die Gesamtwirtschaft war nicht beweisbar. Wenzel zitiert hingegen den „Bericht zur Lage der Nation“ des Jahres 1987, dessen Materialien das DIW verfasst hatte, als Autoritätsbeweis (S. 164).

⁷ Udo Ludwig berichtete fast 20 Jahre später im persönlichen Gespräch, dass sich in den ersten Berechnungen die Produktivität der DDR-Volkswirtschaft noch verheerender dargestellt als sie schließlich in der Veröffentlichung ausgewiesen wurde.

2. Dauer des Aufholprozesses

Anfang des Jahres 1992 waren die Produktivitätsprobleme der Wirtschaft in Ostdeutschen offensichtlich. Trotzdem wollte man noch immer gerne an die bald erblühenden Landschaften glauben. Dass der von der Vereinigungs-Revolution ausgelöste wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands Jahrzehnte, wahrscheinlich mehrere Generationen dauern würde, wollte niemand wirklich hören. Mit dieser düsteren Prognose war Oskar Lafontaine 1990 als Kanzlerkandidat gescheitert. Um so mehr wurde Anfang 1992 eine einfache Wachstumsberechnung eines DIW-Mitarbeiters zum Skandalon (Scheremet 1992, 2009).

Wolfgang Scheremet hatte – aus persönlicher Neugierde, nicht für eine Veröffentlichung gedacht – das inzwischen bekannte niedrige Produktivitätsniveau der ostdeutschen Wirtschaft im Vergleich zur Entwicklung in Westdeutschland mit zwei einfachen Wachstumsraten für den Osten und Westen fortgeschrieben und graphisch dargestellt. Er kam zum wenig überraschenden Ergebnis, dass es Jahrzehnte dauern würde, bis „der Osten“ halbwegs aufgeholt hätte. Eine angesehene Journalistin, Brigitte Marschall, die Scheremet wegen einer völlig anderen Sache befragte, sah die Graphik in seinem Büro an der Seite liegen und sprach ihn darauf an. Dies führte zu einem (kleinen) Artikel in der „Berliner Morgenpost“ (Marschall 1992) und dann rasch einem wahren Sturm der Entrüstung in der Bundesregierung und der Regierungskoalition. Die „unverantwortliche Rechnung“ wurde, so der verantwortliche DIW-Abteilungsleiter Flassbeck (2009, S. 36), vom Kanzleramt, Wirtschaftsministerium und Bundespräsidialamt skandalisiert.

Wolfgang Scheremet hatte aber nur ausgerechnet und illustriert, was der Wahrheit entsprach und sich auch in all den Jahren später als wahr erwiesen hat. Er sagte damals laut Berliner Morgenpost: „Jetzt ist die Solidarität von Ost und West gefordert. Die Wessis müssen endlich begreifen, dass die deutsche Einheit enorm viel kostet. Sie müssen Abstriche machen, denn es gibt nichts mehr zu verteilen (...). Die Ostdeutschen ihrerseits müssen sich – so bitter das klingt – weiter in Geduld üben.“

3. Rentenangleichung

Eine weitere in der Öffentlichkeit nicht gerne diskutierte, wenn auch seit langem bekannte Implikation der deutschen Vereinigung wird jetzt – 25 Jahre nach der Wiedervereinigung –

zu einem öffentlichen Thema: die Übernahme des deutschen Rentensystems für die Neuen Bundesländer. Unmittelbar nach der Vereinigung profitierten die Rentner von der „Transformation“ – und der spezifischen Art und Weise wie sie durchgeführt wurde – ihrer mageren sozialistischen Rentenzahlungen in die bundesdeutsche Gesetzliche Rentenversicherung. Dabei wurden die Erwerbszeiten in der DDR – trotz der dort viel niedrigeren Produktivität – so behandelt als wären sie in Westdeutschland geleistet worden und hätten dementsprechende Rentenanwartschaften erbracht. Die DDR-Rentner sind damit die eigentlichen ökonomischen Gewinner der Vereinigung geworden (vgl. auch Brück und Peters, 2009): sie konnten nicht mehr arbeitslos werden und haben enorme Zuwächse ihrer Renten erhalten. Auch die vielen in den Vorruhestand geschickten älteren Erwerbstätigen der DDR haben von dieser Systemumstellung rein ökonomisch noch profitiert. Ihnen fehlten zwar einige Jahre, in denen sie noch Rentenanwartschaften erwerben konnten, aber die vorangegangenen Jahrzehnte ununterbrochener Erwerbstätigkeit (ohne jede offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit) haben ihnen auskömmliche Renten beschert. Dass gerade die Rentner in Ostdeutschland von der öffentlichen Entwertung ihrer Lebensleistung („war doch alles Schrott“) in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Lebenszufriedenheit besonders betroffen waren und noch sind, steht auf einem ganz anderen Blatt (vgl. z. B. Frick et al. 1993, Goebel et al. 2009).

Das „dicke Ende“ der deutschen Vereinigung kommt jetzt – auch das war absehbar: die mittleren Jahrgänge der DDR, die aufgrund der Währungs- und Wirtschaftsunion massenhaft arbeitslos wurden, gehen nun in Rente. Mit im Durchschnitt geringen Rentenanwartschaften, da sie lange arbeitslos waren (Geyer und Steiner 2010). Richard Hauser und Gert G. Wagner (1996, S. 123) haben dies bereits Anfang der 90er Jahre deutlich ausgesprochen: „Die bei der Wiedervereinigung 45-55jährigen werden auf Dauer – relativ gesehen – die ökonomischen Verlierer der deutschen Wiedervereinigung sein. Diese Gruppe ist ... überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies wird sich wahrscheinlich auch für diese Kohorten nicht mehr ändern. Dadurch werden sie auch als Rentner unterdurchschnittliche Einkommenspositionen aufweisen. Dieser Effekt der deutschen

Vereinigung wird noch in den ersten drei Jahrzehnten des dritten Jahrtausends beobachtbar sein“.⁸

Diese Konsequenz war wohl allen Rentenfachleuten Anfang der 90er Jahre völlig bewusst. Aber in der verantwortlichen Politik wollte man auch dieses Problem nicht hören, da man nicht zwei verschiedene Rentensysteme haben wollte (vgl. dazu Kirner et al. 1990). Die deutsche Vereinigung sollte ohne „wenn und aber“ vollzogen werden. Ein ehemaliger DIW-Mitarbeiter, Peter Rosenberg, der etliche Jahre vor der Wende in das „BMA“ (das Bundesministerium für Arbeit- und Sozialordnung) als Ministerialbeamter nach Bonn geholt worden war, machte in einer Besprechung über Forschungsprojekte (so meine Erinnerung) im BMA Anfang der 90er Jahre die unerwünschten Konsequenzen der „Renten-Einheit“ deutlich: zuerst hohe Renten für ehemals Vollbeschäftigten der DDR, dann später Mini-Renten für langzeitarbeitslose Vereinigungs-Verlierer. Aber kein Verantwortlicher wollte dies hören. Und als Peter Rosenberg später in der Regierungszeit von Gerhard Schröder zum Abteilungsleiter im BMA aufstieg war die Zeit über seine Warnungen hinweg gegangen. Zu ändern war ohnehin Nichts mehr.

III. Schlussbemerkung

Die ersten beiden Geschichten machen zum einen die Bedeutung wissenschaftlicher Freiheit – auch innerhalb einer Forschungseinrichtung – deutlich. Weder Institutsleitungen noch die Politik lassen sich von Minderheitenpositionen gerne irritieren. Umso wichtiger sind Analysen, die nicht mit dem Mainstream schwimmen.

Und alle drei Geschichten illustrieren die engen Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung. Zum ersten können auch Wissenschaftler irren. Und das wissen – im Gegensatz zu den

⁸ Mit einer Prognose aus dem Jahr 1992 haben Hauser und Wagner (1992, S. 611) sich geirrt: „Ein stark zunehmendes Problem der Altersarmut in den Neuen Bundesländern wird dadurch entstehen, dass der Sozialzuschlag, der Kleinrenten auf ein Mindestniveau aufstockt, nicht dynamisiert wird. Es besteht die Gefahr, dass die Kleinrenten durch die regelmäßig erhöhte Sozialhilfegrenze überholt werden“. Dies ist nicht eingetreten. Allerdings nur deswegen nicht, weil die Bundesregierung die Sozialhilfe-Regelsätze nicht mehr – wie im Gesetz vorgesehen – regelmäßig erhöht hat.

Wissenschaftlern selbst, die sich das nicht gerne eingestehen – Politiker genau. Sie hören deswegen, wenn ihnen die Ergebnisse nicht recht passen, nicht gerne auf wissenschaftliche Politikberatung. Auch dann nicht, wenn sie (zufälligerweise) richtig liegt. Und dafür kann man der Politik noch nicht mal einen Vorwurf machen, da Wissenschaftler im Kampf um Aufmerksamkeit notorisch zu Übertreibungen neigen (vgl. Wagner 2015, S. 199ff und S. 204ff).

Literaturverzeichnis

- Brenke, Karl (2009): Die Jahre 1989 und 1990: Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78, S. 18-31.
- Brenke, Karl / Meinhardt, Volker / Stille, Frank / Volz, Joachim / Vortmann, Heinz / Wagner G. (1990): Auswirkungen der Öffnung innerdeutscher Grenzen auf den bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt – Arbeitspapier für die Diskussion von DDR- (Wera Thiel, Lothar Hummel und Ekkehard Sachse) und DIW-Wissenschaftlern. *DIW Discussionpaper* No. 5. Berlin.
- Brenke, Karl / Zimmermann, Klaus F. (2009a): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ist die Flasche nun zu einem Drittel leer – oder ist sie zu zwei Dritteln voll. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78, S. 5-7.
- Brenke, Karl / Zimmermann, Klaus F. (2009b): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft? In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78, S. 32-62.
- Brück, Tilman / Peters, Heiko (2009): 20 years of German unification: evidence on income convergence and heterogeneity. *SOEPpaper* Nr. 229. Berlin
(http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.342791.de/diw_sp0229.pdf)
- Burda, Michael / Hunt, Jennifer (2001): From Reunification to Economic Integration: Productivity and the Labor Market in East Germany. In: *Brookings Papers on Economic Activity* 2001, S. 1-71.
- Flassbeck, Heiner (2009), *Gescheitert – Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert*, Frankfurt am Main.
- Cornelsen, Doris / Kirner, Wolfgang (1990): Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR. In: *DIW-Wochenbericht* 57, S. 172-174.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (1995): *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band II. Baden-Baden.

- Filip-Köhn, Renate / Ludwig, Udo (1990): Dimensionen eines Ausgleichs des Wirtschaftsgefälles zur DDR. *DIW Diskussionspapier* Nr. 3. Berlin.
- Frick, Joachim / Hauser, Richard / Müller, Klaus / Wagner, Gert (1993): Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit in ostdeutschen Privathaushalten. In: *DIW-Wochenbericht* 60, S. 55-59.
- Frick, Joachim R. / Grabka, Markus M. (2010), Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit - aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. In: *Wochenbericht des DIW Berlin* 77, S. 2-12.
- Frischmuth, Birgit / Robinski, Renate / Meinhardt, Volker / Volz, Joachim / Vortmann, Heinz / Wagner, Gert (1990): Zum künftigen Finanzierungsverfahren und Leistungsspektrum des Kranken- und Unfallversicherungssystems in der DDR. In: *Finanzwirtschaft* 44, S. 24-26.
- Frischmuth, Birgit / Kirner, Ellen / Malze, Gudrun / Meinhardt, Volker / Radtke, Günter / Robinski, Renate / Thiel, Wera / Volz, Joachim / Vortmann, Heinz / Wagner, Gert (1990): Die Sozialversicherung der DDR - wie und in welchem Maße muß sie neu gestaltet werden ? In: *Arbeit und Arbeitsrecht* 45, S. 137-139.
- Geyer, Johannes/Steiner, Viktor Steiner (2010), Künftige Altersrenten in Deutschland: relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. In: *Wochenbericht des DIW Berlin* 77.
- Goebel, Jan / Habich, Roland / Krause, Peter (2009): Zur Angleichung von Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78, S. 122-145.
- Goebel, Jan / Krause, Peter / Frick, Joachim R. / Grabka, Markus M. / Wagner, Gert G. (2010): Eine exemplarische Anwendung der regionalisierten Preisniveau-Daten des BBSR auf die Einkommensverteilung für die Jahre 2005 bis 2008. *SOEPpaper* Nr. 284. Berlin (http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.354231.de/diw_sp0284.pdf)
- Görzig, Bernd / Gornig, Martin (1991): Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR. In: *Beiträge zur Strukturforschung* 121.
- Hauser, Richard / Wagner, Gert (1992): Altern und Soziale Sicherung, in: Paul B. Baltes und Jürgen Mittelstraß (Hg.), *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*, Berlin, New York, S. 581-613.
- Hauser, Richard und Wagner, Gert G. (1996): Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland – Darstellung, Vergleich und Determinanten für die Jahre 1990 bis 1994. In: R. Hauser (Hg.), *Sozialpolitik im vereinten Deutschland III*, Berlin: Duncker & Humblot, S. 79-127.
- Kirner, Ellen, Heinz Vortmann und Gert Wagner (1990): DDR - Übergang zum neuen Rentensystem ist schwierig. In: *DIW-Wochenbericht* 57, S. 167-171.

- Lippe, Peter von der (1995): Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen – Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II. Baden-Baden, S. 1973-2193.
- Marschall, Brigitte (BM) (1992): Wirtschaft im Osten ist desolater als befürchtet. In: *Berliner Morgenpost*, 10. Februar 1992.
- Melzer, Manfred / Stäglich, Reiner (1991): The Role of Economic Statistics in the German Unification Process. U.S. Bureau of Labor Statistics / Eurostat (eds.), *Economic Statistics for Economies in Transition: Eastern Europe in the 1990's*. Washington, D. C., S. 407-448.
- Ott, Notburga / Radtke, Heidrun / Thiel, Wera / Wagner, Gert (1990): Kindererziehung und Erwerbsarbeit - marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland. In: *Wirtschaftswissenschaft* 38, S. 1242-1261 (in gekürzte Fassung nachgedruckt unter dem Titel "Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland", *Sozialer Fortschritt* 39, 1990, S. 152-157).
- Paquet, Karl-Heinz (2009): Deutschlands West-Ost-Gefälle der Produktivität: Befund, Deutung und Konsequenzen. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 78, S. 63-77.
- Pischner, Rainer / Wagner, Gert (1995): Bilanz der Erwerbschancen fünf Jahre nach der Wende in Ostdeutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 62, S. 789-795.
- Priller, Eckhard, Schupp, Jürgen und Gert Wagner (1990), Arbeitsmarktstrukturen in der DDR - DIW weitet das Sozio-ökonomische Panel auf das Gebiet der DDR aus, in: *DIW-Wochenbericht*, 57. Jg., Nr. 37, S. 517-524.
- Rathenow, Lutz (2009): Es sah aus wie eine Intrige, in: *Rheinischer Merkur*, Nr. 41, S. 8 spezial.
- Sandbrink, Stefan / Schupp, Jürgen / Wagner, Gert (1994): Ost-West-Pendeln gehört zur Normalität des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes. In: *DIW-Wochenbericht* 61, S. 861-866.
- Schupp, Jürgen / Schwarze, Johannes / Wagner, Gert (1989): Geringfügige Beschäftigung. In: *DIW-Wochenbericht* 56, S. 595-601.
- Schwarze, Johannes / Wagner, Gert (1992a): Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 59, S. 58-61.
- Schwarze, Johannes / Wagner, Gert (1992b): Zur Entwicklung der Effektivlohnstruktur in den neuen Bundesländern. In: *DIW-Wochenbericht* 59, S. 291-295.
- Sarotte, Mary Elise (2009): Die Idee, die Mauer zu Geld zu machen. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* 2009, Nr., 45, S. 35.

- Scheremet, Wolfgang (1992): Eine Modellrechnung zur wirtschaftlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. In: *DIW-Wochenbericht* Nr. 7, S. 80-81.
- Scheremet, Wolfgang (2009): Am Ende sind wir immer klüger – Szenarien der Ost-West-Konvergenz aus heutiger Sicht: Vortrag anlässlich der Jahrestagung der „Sektion Soziale Indikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu „20 Jahre Fall der Mauer – (Zwischen)Bilanz der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland“ am 9. November 2009. Manuskript. Berlin.
- Stäglich, Reiner (1991): Datenlage in und Datenbedarf über Ostdeutschland – Informationsbedarf aus Sicht der Wirtschaftsforschung. In: Furmaniak, Karl / Kiock, Hartmut (Hg.), *Programmforschung in der und über die (ehemalige) DDR – Werkstattbericht*. München, S. 67-93.
- Uhlig, Harald (2008): The slow decline of East Germany. In: *Journal of Comparative Economics* 36, S. 517-541.
- Wagner, Gert (1992): Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Pendeln von Arbeitskräften der Neuen Bundesländer. In: *Arbeit und Arbeitsrecht* 47, S. 263-266.
- Wagner, Gert / Witte, James C. (1993): Zur ökonomischen Rationalität des Geburtenrückganges in Ostdeutschland. In: *DIW-Wochenbericht* 60, S. 552-554.
- Wagner, Gert G. (1998), Migration Before and After Unification - Empirical Evidence and Policy Implications for Germany, in: I. SaKong und K. Suk Kim (Hg.), *Policy Priorities for the Unified Korean Economy*, Seoul, S. 91-121.
- Wagner, Gert G. (2008). Die Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) – Die Jahre von der Wende zur Jahrtausendwende. In: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 77, S. 43-62.
- Wagner, Gert. G. (2015). Welche Rolle kann wissenschaftliche Beratung in der Politik *sinnvollerweise* spielen? In: P. Weingart und G. G. Wagner (Hg.), *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*, Weilerswist, S. 189-216.
- Wenzel, Siegfried (1998): Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen.